

Anfrage

der Abgeordneten Kucharowits, Genossinnen und Genossen

an die Bundesministerin für Familie und Jugend betreffend unbezahlte Praktika für junge Flüchtlinge

Mit Sommer 2015 wurde Europa Zufluchtsort für hunderttausende Flüchtlinge, die auf Grund von Krieg, Verfolgung und dem Verlust ihrer materiellen Grundlagen ihre Heimat verlassen mussten. Die Zivilgesellschaft in Europa und in Österreich sprang ein und half, wo es nötig war und gab so auch der Politik die Möglichkeit, sich Strategien im Umgang mit der „Flüchtlingskrise“ zu überlegen. Insbesondere in Hinblick auf die Unterbringung, die Frage der Handhabung von Asylanträgen und hinsichtlich der Integration mussten hier Überlegungen angestellt und Konzepte entwickelt werden. In den vergangenen eineinhalb Jahren liefen viele der Projekte, die in der Zeit begründet wurden, weiter und auch auf politischer Ebene wurden zahlreiche Maßnahmen - manche sinnvoll, andere weniger - ergriffen. Zu den sinnvollen ist auf jeden Fall das Jugendcollege der Stadt Wien zu zählen, das den Auftrag hat, jungen Flüchtlingen, die in Österreich bleiben werden, jene Werkzeuge mitzugeben, die sie bei einer späteren Arbeitssuche, oder dem Abschluss einer Ausbildung einsetzen können.

Einige Baustellen sind aber nach wie vor vorhanden, insbesondere dann, wenn es um die Frage von Ausbildung von jungen Flüchtlingen und den Arbeitsmarktzugang geht. Integration in eine Gesellschaft ist immer auch mit der Chance auf Teilhabe verbunden. Zu Teilhabe gehört auch der Anspruch auf Ausbildung bis 18 oder die Möglichkeit einen Beruf auszuüben und somit auch die Chance sich bessere Lebensumstände zu schaffen. Hier sind leider nach wie vor Baustellen offen, die mittel- bis langfristig zu Problemen werden, wenn wir sie nicht beseitigen.

In einer Pressekonferenz am 21. Jänner 2017 haben Sie sich dem Thema Praktika gewidmet und dabei betont, dass die „Generation Praktikum“ nicht noch größer werden soll. Diese Einschätzung teilen wir, auch, wenn wir überzeugt sind, dass es einen Gegentrend geben müsste, weg von Praktika hin zu Anstellungen, weil Praktika vielfach ausbeutend sind und oftmals gut ausgebildete junge Menschen in ihrem beruflichen Fortkommen um Jahre bremsen. Abseits Ihrer Ansage, dass Praktika nicht forciert werden sollen, haben Sie aber noch einen anderen Vorschlag gebracht: Integration über unbezahlte Praktika für junge Flüchtlinge.

Hier tut sich für uns ein unüberbrückbarer Widerspruch auf. Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Familie und Jugend folgende

Anfrage:

- 1) Wie wollen Sie dafür sorgen, dass die Generation Praktikum nicht noch größer wird? Welche konkreten Maßnahmen sind hier geplant und wann ist mit deren Umsetzung zu rechnen?

- 2) Wieso wurden bei Ihrer Pressekonferenz nur unbezahlte Praktika für junge Flüchtlinge gefordert? Sollten nicht vielmehr bezahlte Jobs insgesamt forciert werden, um die Ausbeutung junger Menschen zu verhindern?
- 3) Welche Maßnahmen hat das Ministerium geplant, um unbezahlte Praktika zurück zu drängen?
 - a. Wenn ja, bis wann ist mit der konkreten Umsetzung zu rechnen?
 - b. Wenn nein, wieso nicht?
- 4) Wie können Sie sicherstellen, dass sich durch Ihren Vorschlag zu unbezahlten Praktika für geflüchtete, junge Menschen die Generation Praktikum nicht vergrößert?
- 5) Ist ein Programm geplant, das die unbezahlten Praktika für junge Flüchtlinge koordiniert und so dafür sorgt, dass alle eine Chance haben, einen Praktikumsplatz zu finden? Wie werden die jungen Menschen auf ihrem Weg im und durch das Praktikum begleitet?
- 6) Wieso stellen Sie die Forderung nach unbezahlten Praktika für junge, geflüchtete Menschen auf, wenn Sie diesen zeitgleich nicht den Anspruch auf eine (Aus-)Bildung bis 18 Jahre gewähren wollen?
- 7) In welchen Bereichen wollen sie die angesprochenen Praktikumsplätze schaffen? Wie viele freie Praktikumsplätze gibt es derzeit überhaupt in Österreich? Ist es realistisch, dass alle jungen Menschen, die einen Praktikumsplatz suchen, diesen auch finden?
- 8) Handelt es sich bei diesem Vorschlag um eine Möglichkeit, die freiwillig ergriffen werden kann, oder wird es hier eine Verpflichtung geben?

Helle Kurt



Dank
Johannes

M. Gisa Bauer-Jäger

